Vertraut.
www.SBL2013.de
Sabine

Sabines Klartext

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkämpfer !

Liebe Genossinnen und Genossen,
langsam, aber immer mehr schmilzt der Vorsprung von schwarz-gelb dahin! Die Grünen haben aufgeholt und wenn es uns nun in den nächsten 66 Tagen gelingt die Menschen von der sozialdemokratischen Idee zu überzeugen, dann schaffen wir am 22. September auch den echten Regierungswechsel zu rot-grün.
In den letzten Tage habe ich verstärkt Klinken geputzt und wir werden diese Hausbesuche bis zur Wahl intensivieren! Ich danke allen, die mich auf diesem Weg begleiten und will Mut machen: die Reaktionen an den Haustüren sind freundlich, positiv bis zustimmend und unterstützend. Es lohnt sich also zu kämpfen bis zum Schluss. Seid dabei! Ich freu mich auch, wenn ich viele von euch zu unseren Veranstaltungen oder Wanderaktionen begrüßen kann. Bringt ruhig Freunde & Bekannte mit.
Also- ich freu mich auf ein Wiedersehen.
herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

www.twitter.com/Sabine_Baetzing
www.facebook.com/SBL.SPD

Topthema

Kinderbetreuung: Familienministerin Schröder zwischen Wunschdenken und harter Wirklichkeit

Es hätte gerade noch so passen können: Wenige Wochen vor der Bundestagswahl wähnt sich Christina Schröder doch noch auf der Zielgeraden zum Stichtag 1. August, an dem Schwarz-Gelb endlich das Versprechen einzulösen gedenkt, für alle Kinder unter drei Jahren genügend Kita-Plätze zur Verfügung zu stellen. Damit wir uns richtig verstehen: Die Anstrengungen und Leistungen von Ländern und Kommunen in den letzten Jahren beim Ausbau von Plätzen in Kitas und der Kindertagespflege waren und sind enorm. Die jüngst verkündigten Zahlen der Familienministerin sind zwar endlich ein Schritt in die richtige Richtung und taugen allenthalben, das ramponierte Image einer im Schwarz-Gelben Kabinett kaum durchsetzungs-fähigen Ministerin aufzupolieren, aber eben nur ein Schritt, und Quantität ist nicht gleich Qualität. Und bei genauerer Betrachtung erweist sich die vermeintliche Erfolgsmeldung doch nur als Mogelpackung, die noch viele Baustellen in sich birgt. So bemängelt z.B. der Deutsche Städtetag Schröders hausgemachte Statistik als „Bundeszahlenspiele“ und sieht zum Stichtag 1. August nach wie vor eine Lücke von rund 100.000 fehlenden Kitaplätzen. Und der Ausbau verläuft nach wie vor so schleppend, dass die Lücke auf absehbare Zeit nicht zufriedenstellend geschlossen werden kann, so jedenfalls auch das Deutsche Jugendinstitut, das nicht mit Kritik an der Ministerin spart. Hinzu kommt die höchst unausgewogene Verteilung des Angebots an Betreuung: Während ländliche Kommunen den Bedarf weitgehend gedeckt haben, herrscht in vielen Groß- und Universitätsstädten, wo die Nachfrage nach Betreuung der Kleinsten besonders dringend ist, weiterhin ein Unterangebot.
Und auch bei vielen Kitas selbst liegt nach Einschätzung zahlreichen Experten für frühkindliche Bildung noch so einiges im Argen. Sogar die Bertelmann-Stiftung konstatiert in ihrer Studie fehlendes Personal und unzureichende Ausbildung, Verbesserungen im Betreuungsverhältnis und Personalschlüssel stehen für Schwarz-Gelb offensichtlich nicht mehr auf der Agenda „Kitaausbau“.
Gleichzeitig hält Schwarz-Gelb wider den Rat unzähliger Experten unbeirrt am unsinnigen Betreuungsgeld fest, und fehlinvestiert hier nach eigener Planung bis 2017 fast 4 Milliarden Euro, Geld, dass dringend für den Ausbau von Kindertagestätten gebraucht würde, und damit einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie junger Eltern dienen könnte.
Die jüngsten Prognosen zum weiteren Kitausbau sind die hoffentlich letzte Amtshandlung einer amtsmüden Ministerin, die ihre Überforderung und Unlust am Amt durch eigene Aussagen schon vor Monaten selbst kundgetan hat, und für ihre wichtigste Baustelle weder Antworten noch Pläne zu haben scheint.

Steuerpolitik: Mehr Beschäftigung, mehr Gerechtigkeit!

Nein, diesmal ist es nicht Herr Hundt, der uns pünktlich im Wahlkampf an die generelle Nachteiligkeit von Steuern im Allgemeinen und die Erhöhung der selben im Speziellen erinnern möchte, nein, dieses mal malt das Kölner Institut der Deutschen Wirtschaft (DIW) den arbeitsmarkt-politischen Teufel an die Wand, natürlich völlig uneigennützig und schon gar nicht im Interesse der Wirtschaft, so rein objektiv, versteht sich. Zumindest attestiert man der SPD im Gegensatz zu Schwarz-Gelb, mit einem konkreten Programm in den Wahlkampf zu ziehen.
Entgegen dem Horrorszenario des DIW, das mit seinem Mantra von der angeblichen Arbeitsplatz-Schädlichkeit jeglicher Steuererhöhungen mehr und mehr zum einsamen Rufer in der Institutswüste mutiert, würden zusätzliche Steuereinnahmen aus besonders großem Vermögens-besitz einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung dringend benötigter Zukunftsinvestitionen für Bildung und Infrastruktur leisten. Das würde allenfalls die Sparquote eines kleinen Personenkreises betreffen, aber Impulse für den nachhaltigen Aufbau von mehr Beschäftigung geben.

Bildungspolitik: Schwarz-Gelb legt die Axt an!
In ihrer Vorlage zum Regierungsentwurf 2014 plant die schwarz-gelbe Bundesregierung ein Streichkonzert an bildungspolitischen Grausamkeiten und setzt sich damit mal wieder in Widerspruch zum selbst gesetzten Anspruch, Bildung und Forschung stünden auf der Prioritätenliste ganz weit oben. Vielleicht soll aber auch die Warnung des CSU-Bundestagsabgeordneten Albert Rupprecht vor zu vielen Studierenden die Öffentlichkeit auf die tatsächlichen Ziele von Schwarz-Gelb vorbereiten, die mangels konkreterer Informationen wohl auf deutliche Kürzungen nach dem Rasenmäher-Prinzip für sämtliche Träger und Projektpartner hinauslaufen, sofern deren Mittel nicht schon längerfristig abgesichert sind. Der angedachte Abbau von Bildungs- und Forschungsmitteln beginnt bei Auslandsstipendien für Studierenden, geht über die Berufsorientierung von Schülern und die Forschung an Fachhochschulen bis hin zur gesamten Projektförderung, beispielsweise bei IT und Software sowie der besonders zukunftsträchtigen Gesundheitsforschung. Der CDU-Regierungsentwurf sieht Kürzungen bei fast der Hälfte aller Haushaltstitel vor. Und ab 2015 droht dann die bildungspolitische Axt mit weiteren Kürzungen von 410 Millionen Euro ab 2015, mit Einzelheiten hält sich die Ministerin aber lieber zurück. Antworten darauf, wie Schwarz-Gelb mit schrumpfendem Bildungs- und Forschungsetat das Ziel der Bildungs- und Wissensgesellschaft realisieren will, bleibt man uns vor der Wahl schuldig. Insbesondere im Hinblick auf die Schlüsselfunktion der Bildung für Qualifizierung, gesellschaftliche Teilhabe, und Wohlstand für unsere Gesellschaft insgesamt.

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt dem einen echten Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik entgegen: Bildung und Forschung soll auch finanziell der Stellenwert zukommen, der dieser gesellschaftlichen Schlüsselpolitik gebührt. Statt Kürzungen und Streichungen gilt es, den Ausbau von Ganztagsschulen voranzubringen, das BAföG zu erhöhen und damit Studierende aus der Zwickmühle von prekären Lebensverhältnissen und verlängerten Ausbildungszeiten zu befreien, die auch von der Kultusministerkonferenz seit Jahren beklage chronische klamme Finanzlage der Hochschulen zu verbessern, und Hundertausenden von Ausbildungsplatzsuchenden und jungen Erwachsenen ohne Berufsausbildung eine Qualifizierungsperspektive zu eröffnen. Die Lebenszeit junger Menschen ist zu wertvoll, um hier weiter Zeit zu vergeuden! Bei derartigen Zumutungen bleibt für Millionen Schüler, Ausbildungsplatzsuchenden, Studierenden und Beschäftigten im Hochschulbetrieb zu hoffen, dass CDU-Ministerin Wanka auch zukünftig eine Kurzzeit-Ministerin bleibt…

DAS GUTE ARGUMENT
SOZIALDEMOKRATISCHE POLITIK ERKLÄREN

...ZUM BEISPIEL: RENTE

SPD

Mark ist Facharbeiter und hat immer durchschnittlich verdient. Im Januar 2020 ist er 63 Jahre alt und hat dann 45 Versicherungsjahre auf dem Buckel. Nach einem arbeitsreichen Leben würde er gerne in Rente gehen.

Sein reguläres Renteneineintrittsalter ist derzeit aber 65 Jahre, elf Monate. Er müsste also für seine vollen Rentenansprüche noch 35 weitere Monate arbeiten – oder Abschläge in Höhe von 133 Euro pro Monat hinnehmen.

Seine Rente betrüge dann 1.131 Euro im Monat.

Die SPD ist der Meinung: Wer sein Leben lang hart gearbeitet und Beiträge in die Rentenkasse geleistet hat, soll auch schon vor 65 in Rente gehen können – ohne auf viel Geld verzichten zu müssen.

Mit dem **SPD-Rentenkonzept** kann Mark schon mit 63 unter vollen Bezügen in Rente gehen.

Ihm bleiben pro Monat **133 Euro** mehr, im Jahr also **1.596 Euro**.

Wenn er 20 Jahre lang Rente bezieht, sind das insgesamt **31.920 Euro**.

SPD-Parteivorstand, Telefon: (030) 26 91-502, datenset@spd.de

SE 02 2013

In eigener Sache

Sabine bewegt – Wir wandern in Gebhardshain, Unkel und Waldbreitbach am 20. und 21. Juli!
Unsere beliebte Wanderaktion „Sabine bewegt“ geht am kommenden Wochenende weiter mit Wanderungen in Gebhardshain, Unkel und Waldbreitbach. In Gebhardshain starten wir um 10 Uhr an der Dickendorfer Mühle und wandern zur Grube Bindweide in Steinebach. Tags darauf wandern wir ab 11 Uhr vom Parkplatz Westerwaldstraße in Rheinbreitbach mit Ziel Willy-Brandt-Forum. Nachmittags geht es los vom Parkplatz Wiedtalbad in Hausen mit dem Ziel Skihütte Malberg. Wir starten um 15 Uhr. Hierzu sind alle Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen. „Sabine bewegt wird es nun in mehreren Verbandsgemeinden geben. Ich möchte beim Wandern mit vielen Menschen ins Gespräch kommen und das geht beim Wandern ja richtig gut! Nehmt Nachbarn, Freunde und Bekannte mit. Alle sind herzlich willkommen, besonders Kinder. Festes Schuhwerk ist beim Wandern immer sinnvoll. Und wir wandern bei fast jedem Wetter. Die richtige Kleidung macht es möglich. Ich freu mich auf die vielen Begegnungen!

Herzliche Einladung

SPD-Bundestagsfraktion diskutiert in Neuwied!
Folgende Termine solltet ihr auf keinen Fall verpassen!
Am 22. Juli um 18.30 Uhr erwarten wir die SPD-Bundestagsfraktion auf Einladung meiner Kollegin MdB Ulrike Gottschalk zu einer Diskussionsrunde mit dem Thema „Bezahlbares Wohnen und soziales Mietrecht“ im Friedrich-Spee-Haus in Neuwied.

Info-Veranstaltung: Bahnlärm – wie geht es weiter?
Zum Thema „Bahnlärm“ findet am 25. Juli um 18.00 Uhr eine Informationsveranstaltung im Ratssaal der Verbandsgemeinde Bad Hönningen statt. Als hochrangigen Referenten konnten wir Jürgen Konz, den Konzern-Bevollmächtigten der Deutschen Bahn AG für die Bundesländer Rheinland-Pfalz und das Saarland gewinnen. Hierzu sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger herzlich willkommen.

Termine

19.07.13	**12.30 Uhr**	**Besichtigung Baufortschritt HTS Süd**
	20.00 Uhr	**Mitgliederehrung Ortsverein Betzdorf**
20.07.13	**10.00 Uhr**	**Wandern mit Sabine, Gebhardshain**
21.07.13	**11.00 Uhr**	**Wandern mit Sabine, Unkel**
	15.00 Uhr	**Wandern mit Sabine, Waldbreitbach**
22.07.13	**16.00 Uhr**	**Roger Lewentz in Oberhonnefeld**
	18.30 Uhr	**Diskussionsrunde SPD Bundestags-Fraktion, Neuwied**
23.07.13	**10.00 Uhr**	**Unternehmensbesuch Fa. Wirtgen, Windhagen**
	14.00 Uhr	Wasserspielplatz, Neuwied-Feldkirchen
24.07.13	**19.00 Uhr**	**Demografie-Vortrag, Rheinbreitbach, Obere Burg**
25.07.13	**18.00 Uhr**	**Diskussion „Bahnlärm“ mit Jürgen Konz, DB AG, Bad Hönningen**
26.07.13	**12.00 Uhr**	**Sommerfest „ZWAR“, Bruchhausen**
26.07.13	**19.00 Uhr**	**JHV SPD Katzwinkel**
28.07.13	**14.00 Uhr**	**Wandern mit Sabine, Altenkirchen**

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**